

klar, die verdienen auch Geld damit. Aber trotzdem ist das auch ein Zeichen dafür, dass Europa zusammenhält, wenn es darauf ankommt. Weil wir das wissen als ein Wert an und für sich, werden wir damit nicht aufhören, sondern – ganz im Gegenteil – unsere existierenden Formate intensivieren und verstärken.

Ich freue mich sehr darüber, dass ich nächste Woche weitere Energie- und Klimathemen bei Konsultationen mit der belgischen Föderalregierung in Brüssel diskutieren kann, nachdem dieses Format bereits erfolgreich mit den Niederlanden und Flandern etabliert ist.

Alles in allem ist also aus Sicht der Landesregierung die von Ihnen, Herr Pinkwart und liebe Vertreterinnen und Vertreter der FDP-Fraktion, geforderte Europakonferenz nicht das, was wir von einem Konzept erwarten und was Europa und die föderale Zusammenarbeit der Bundesrepublik brauchen.

Der Bund führt selbst Regierungskonsultationen durch. Rheinland-Pfalz ist gemeinsam mit uns und den Benelux-Staaten in den Programmen der Europäischen territorialen Zusammenarbeit beteiligt, übrigens – das haben Sie in Ihrem Europakonferenzkonzept gar nicht erwähnt – genauso wie Niedersachsen. Auch da gibt es als Nachbarland von Nordrhein-Westfalen Mobilitätszusammenhänge. Ich glaube, dass sich die Bundesländer eng abstimmen, ist irgendwie ganz selbstverständlich.

Deswegen plädieren wir dafür, offen und transparent über die gemeinsamen Herausforderungen zu sprechen. Wir sollten uns dabei aber auf Inhalte konzentrieren und nicht mit neuen Strukturen Kraft und Ressourcen von den Dingen abziehen, auf die es gerade ankommt.

Diese Dinge, auf die es gerade ankommt, sind ja richtig beschrieben, um für die Energieinfrastruktur und die Entwicklung des Netzentwicklungsplans die Möglichkeiten nutzen zu können, die genau selbige Planung vorgibt. Die sind, das wissen Sie selbst, durch die Vorgaben relativ eingegrenzt. Eigene Vorhaben oder Planungen abseits dessen, was in der Netzentwicklungsplanung festgeschrieben ist, sind gar nicht möglich. Bei der REACH-Verordnung und der europäischen Chemikalienstrategie sind wir selbstverständlich im Austausch mit den Chemieunternehmen hier in Nordrhein-Westfalen, mit denen wir einen sehr engen Schulterschluss haben, weil uns vollkommen klar ist, Nordrhein-Westfalen ist der Hauptstandort für das Chemiedreieck der Europäischen Union.

Deswegen geben wir diese Belange der Chemieindustrie auch an den Bund und an die Europäische Kommission weiter. Darüber hinaus sitzt die Landesregierung im Projektbeirat zum Bundesverkehrswegeplan, der sich gemeinsam mit den Anrainerbundesländern dafür einsetzt, dass in NRW die Maßnahmen im um am Rhein umgesetzt werden.

Das heißt also zusammengefasst: Vielleicht geht es bei der Europakonferenz und dem Konzept dazu um weit mehr als darum, dass meine sehr geschätzte Wirtschaftsministerkollegin der FDP in Rheinland-Pfalz, Frau Schmitt, mit der ich sehr, sehr gut und gerne im Zuge der Wirtschaftsministerkonferenz zusammenarbeite, auch hier in einer schwarz-grünen Landesregierung einen Platz finden soll.

Wir machen unsere gute Arbeit aus der Vergangenheit – Sie erinnern sich, Sie waren ja bis vor Kurzem selbst dafür verantwortlich – auf dem Wege weiter.

(Beifall von Wibke Brems [GRÜNE])

Ich freue mich, dass im Europa- und im Wirtschaftsausschuss über die Zukunft Europas als kräftigem Wirtschaftsstandort diskutiert wird. Ich denke, das ist ein gutes Signal, das wir aus diesem Antrag mitnehmen können, ein Signal, auch Ideen zu entwickeln, um dem Inflation Reduction Act vielleicht eine nordrhein-westfälische Perspektive zu bieten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages Drucksache 18/1664 an den Ausschuss für Europa und Internationales – dieser ist federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung stattfinden. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der SPD, der Grünen, der CDU, der FDP, der AfD und der fraktionslose Kollege Blex. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? – Auch das ist nicht der Fall. Somit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu

## 12 „Heißer Herbst“: Hilfe gegen Hass und Hetze

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1666

Ich eröffne die Aussprache. Diese starten wir mit dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Henning Höne.

**Henning Höne (FDP):** Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Demokratie lebt von Beteiligung. Demokratie kann ohne aktive Demokratinnen und Demokraten nicht funktionieren.

Das Leben wird unserer Demokratie unter anderem von Tausenden engagierten Menschen in der Kommunalpolitik eingehaucht. Sie alle bilden das Fundament unserer Demokratie, und das ehrenamtlich oder hauptamtlich: 11.000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, über 190.000 Mandatsträger in Kreistagen, in Stadt- und Gemeinderäten.

Man kann es gar nicht oft genug sagen: Dieses Engagement erfolgt in den meisten Fällen zusätzlich zum Job. Das passiert ehrenamtlich. Es passiert am Nachmittag, am Abend und in manchen Räten auch gerne bis spät in die Nacht – neben den beruflichen Verpflichtungen, neben der Familie.

Darum haben wir hier auch immer einen großen Konsens, wenn es darum geht, den aktiven Bürgerinnen und Bürgern, den Demokraten, die jeden Tag an der Gestaltung unseres Gemeinwesens mitwirken, Dank auszusprechen. Ohne sie wäre das so nicht möglich.

Dieses Fundament, diese demokratische Basis steht allerdings unter Druck. Der Druck auf diejenigen, die sich da engagieren, nimmt erschreckende Ausmaße an.

Wir haben Zahlen und Erkenntnisse aus einer Studie des Bundeskriminalamtes aufgenommen. Fast jeder zweite der befragten Bürgermeister oder Landräte hat dort angegeben, schon einmal Opfer von Hass und Hetze geworden zu sein. Die Familie jedes zehnten Befragten wurde bereits angefeindet. Auch körperliche Gewalt ist keine Seltenheit mehr. 4 % der gemeldeten Vorfälle waren tätliche Übergriffe. Ganz dramatisch ist, dass nur jeder zehnte Vorfall zur Anzeige gebracht wird.

Was diesen Amtsträgern, aber natürlich auch Einsatzkräften sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Verwaltungen an Hass, an Hetze und an Gewalt – ob verbal oder körperlich – entgegenschlägt, geht mehr und mehr auch auf das politische Ehrenamt in den Kommunen über, und zwar mit dramatischen Folgen. Denn diese Studie hat auch ergeben, dass mehr und mehr Menschen darüber nachdenken, sich zurückzuziehen, und vor einer Kandidatur zurückschrecken. Es gibt also immer weniger Menschen, die bereit sind, sich aktiv einzubringen. Das ist gefährlich. Denn – ich sagte es eingangs bereits – eine Demokratie braucht aktive und engagierte Demokraten.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen muss uns umso mehr Sorgen machen, dass jetzt von politischen Rändern zum heißen Herbst aufgerufen wird. Ich kann nur sagen: Das müssen wir ernst nehmen, und darauf müssen wir reagieren. Wir dürfen einer solchen Querfront aus Linksextremen, Rechtsextremen, Querdenkern, Reichsbürgern und Ähnlichen nicht den demokratischen Raum überlassen.

(Beifall von der FDP)

Wir stellen uns dem entgegen und sagen ganz deutlich: Diese Krisensituationen dürfen nicht instrumen-

talisiert werden, um die Axt an das Fundament unserer Demokratie anzulegen. Gerade denjenigen, die mit Verschwörungsmithen unterwegs sind, müssen wir uns entgegenstellen, weil dies Vertrauen untergräbt und am Ende den Boden dafür bereitet, in mehr Gewalt zu enden.

Wir wollen mit diesem Antrag die Kommunalpolitiker, die Ehrenamtler, in den Mittelpunkt rücken und gemeinsam im weiteren Beratungsverfahren überlegen, wie wir die Ehrenamtler besser schützen können. Dafür müssen wir aus unserer Sicht das Ausmaß der aktuellen Situation noch besser beziffern und uns im Rahmen einer Studie zu Hass und Hetze gegen Ratsmitglieder näher anschauen.

Wir unterbreiten hier konkrete Vorschläge, wie wir das auch unabhängig von dieser Studie tun können und die aktiven Demokraten unterstützen können – zum Beispiel durch Handlungsempfehlungen, wie man damit umgehen kann, wenn man angefeindet wird; zum Beispiel durch eine stärkere Vernetzung mit den kommunalen Spitzenverbänden; zum Beispiel durch eine Aufklärungskampagne, aber auch durch Präventions- und Hilfsangebote.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass uns das Ziel eint, das kommunale Ehrenamt zu schützen und die dort Aktiven zu schützen. Darum freue ich mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss.

(Beifall von der FDP und der SPD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Kollegin Vanessa Odermatt hat jetzt für die CDU-Fraktion das Wort.

**Vanessa Odermatt (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle erinnern uns noch an dieses Frühjahr: Wahlkampf. Viele werden dort auch unangenehme bis hin zu kritischen Situationen erlebt haben. Zwischen den Gesprächen mit den Bürgern und dem Verteilen von Flyern und Kugelschreibern fragt man sich vielleicht manchmal schon kurz: Was kann hier alles passieren? – Henriette Reker in Köln und Andreas Hollstein aus Altena sind zwei erschreckende Beispiele.

Gerade an den Wahlkampfständen stehen viele Ehrenamtliche – Menschen, die sich in ihrer Freizeit für unser Gemeinwohl einsetzen. Sie sind in Parteien und in Vereinen, aber auch als ehrenamtliche Kommunalpolitiker tätig.

Die Kommunalpolitik hat sich in den letzten Jahren sicherlich stark verändert. Es werden immer größere Ansprüche an die ehrenamtlich tätigen Mandatsträger gestellt. Manche großen Kommunen sind mit kleinen Parlamenten vergleichbar. Hohe Komplexität und immer mehr Zeitaufwand machen das kommunale Ehrenamt unattraktiv.

Hinzu kommt, dass sich Kommunalpolitiker immer heftigeren Anfeindungen ausgesetzt sehen, insbesondere im digitalen Raum. Sie werden diffamiert oder bedroht. „Hate Speech“ ist hier das Schlagwort. Viele nutzen dabei die Anonymität des Internets und zeigen somit auch ihre eigentliche Feigheit, Dinge offen anzusprechen.

Leider bleibt es nicht bei verbalen Aussagen, sondern es folgt die Androhung von Gewalt gegen Kommunalpolitiker und ihre Familien bis hin zu tatsächlichen körperlichen Attacken. Auch wir als CDU mit vielen Kommunalpolitikern, sachkundigen Bürgern, Ratsmitgliedern und ehrenamtlichen Bürgermeistern beobachten diese Entwicklung mit Sorge. Die Grenzen des Anstands bei politischen Auseinandersetzungen verschieben sich immer weiter.

Es ist daher ein Appell an alle hier im Raum, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen und den fairen politischen Diskurs untereinander suchen, anstatt mit populistischen Parolen noch mehr Öl ins Feuer zu gießen.

Verbale Auseinandersetzungen gehören zum politischen Geschäft – aber Hetze und Mobbing nicht. Sie sind mittlerweile zu einem Problem geworden. Das dürfen wir nicht hinnehmen, und das tun wir auch nicht.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Als Reaktion auf die Bedrohungen wurde auch die Landespolitik tätig – durch Maßnahmen wie beispielsweise den Präventionsleitfaden „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ und die Handlungsempfehlung für Mandats- und besonders Amtsträger. Außerdem gibt es die Kontaktmöglichkeit zur Polizei über zentrale Ansprechstellen.

In Nordrhein-Westfalen wurde außerdem die erste Schwerpunktstaatsanwaltschaft eingerichtet. Hier kümmern sich seit 2018 Staatsanwälte unter dem Motto „verfolgen statt nur löschen“ ausschließlich um die strafrechtliche Verfolgung von Hass und Hetze in sozialen Netzwerken. Die Initiative vereint Vertreter von Medienaufsicht, Strafverfolgungsbehörden und Medienhäusern. Ziel ist es, eine Rechtsdurchsetzung im Internet zu erleichtern und so ein deutliches Zeichen gegen Hass und Hetze im Netz zu setzen.

Hass, Gewaltaufrufe oder gar Morddrohungen müssen digital mit dem gleichen Nachdruck verfolgt werden wie analog. Das muss der Ansatz sein, nämlich konsequent gegen die Täter vorzugehen.

Genau hier greift Ihr durchaus gut gemeinter Antrag zu kurz. Denn Sie fordern weitere Maßnahmen, bei denen es darum geht, wie sich Opfer schützen können oder wie sie es schaffen können, mit den Drohungen zu leben, und weitere Studien.

Aber bei allen Hilfen für die Opfer dürfen wir nicht die Schuldigen aus den Augen verlieren. Gegen die Täter müssen wir konsequent vorgehen. Strafrechtlich müssen wir aufzeigen, dass wir Hetze und Gewalt gegen Kommunalpolitiker nicht dulden und dass es sich hierbei nicht um freie Meinungsäußerung handelt, sondern um eine Straftat.

Das kommunalpolitische Ehrenamt ist von grundlegender Bedeutung für unsere Demokratie. Die Basis unserer Demokratie findet dort statt, wo Menschen aufeinandertreffen. Es sind die Menschen, die oftmals vielfältig ehrenamtlich engagiert und dadurch stark in ihrer Gemeinde verwurzelt sind. Sie hören direkt und ungeschminkt, was die Menschen bewegt.

Demokratie lebt von Auseinandersetzung. Diese muss aber sachlich und fair geführt werden. Vor allem müssen kommunale Mandatsträger ihr Amt ohne Angst ausüben können.

Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet die Landesregierung stetig daran, Kommunalpolitiker zu schützen und die Täter konsequent zu verfolgen. Auch künftig wird sie alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um unsere ehrenamtlichen Vertreter zu schützen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Kollegen der SPD-Fraktion hat jetzt Frau Ellen Stock das Wort. Bitte sehr.

**Ellen Stock (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Liste der Hassangriffe auf Politikerinnen und Politiker in den vergangenen Jahren ist lang – viel zu lang.

Spätestens seit dem feigen und hinterhältigen Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Jahre 2019 sollte allen klar sein, wie groß die Bedrohung durch radikalisierte Menschen geworden ist.

Bekannte Bundespolitiker wie beispielsweise unser Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach gehen offensiv mit den Anfeindungen um, denen sie täglich ausgesetzt sind. Lauterbach sollte entführt werden; seine Kinder werden massiv bedroht; er selbst erhält täglich unzählige Hassnachrichten auf verschiedenen Kanälen. Er macht die Gewalt und die Morddrohungen öffentlich und bringt sie regelmäßig zur Anzeige.

Immer häufiger treffen die Anfeindungen aber auch Kommunalpolitikerinnen und -politiker. Diese sind meistens ehrenamtlich tätig und können in der Regel nicht auf geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Juristinnen und Juristen zurückgreifen.

Neben körperlichen Angriffen werden die Ehrenamtler auch Opfer von massiven Bedrohungen gegen

sich und ihre Familien. Wir wissen, dass bereits etliche Betroffene aus ihren Ämtern ausgeschieden sind, weil sie ihre Familien schützen wollen.

Auch aus meinem eigenen Wahlkreis, dem beschaulichen Lippe, erreichen mich zahlreiche Berichte über Vorfälle. Oftmals sind es nicht einmal explizite Drohungen, die die Aktiven verunsichern, sondern subtile Methoden, die einschüchtern sollen.

Mir wurde berichtet, dass die Betroffenen beispielsweise bei politischen Aktionen gegen Hetze ausgespäht werden. Von ihnen werden Fotos angefertigt. Ihnen wird vermittelt: Du bist im Fadenkreuz.

Viele Kolleginnen und Kollegen aus der Kommunalpolitik berichten von Anfeindungen und aggressiven Kommentaren in den sozialen Medien. Diese wirken äußerst zermürbend und demotivierend.

Dabei legen die Aggressoren oft sehr geschickt Wert darauf, sich nichts zuschulden kommen zu lassen, was justiziabel sein könnte. Aber dennoch ist die systematische Zermürbung sehr effektiv.

Klar ist: Das Phänomen bedrohter Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker nimmt zu. Die Bereitschaft, solche Ämter auszuüben, nimmt dagegen ab. Viele sind einfach nicht mehr bereit, sich diesen Anfeindungen auszusetzen. Das gefährdet unser demokratisches System.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können hier viel darüber diskutieren, wieso körperliche und psychische Übergriffe auf politische Aktive so stark angestiegen sind. Ich wage zu behaupten, dass der Umgang in den sozialen Medien eine große Rolle spielt.

Wichtig ist für uns hier und heute, dass wir uns dem entgegenstellen. Ein stärkerer Schutz und eine größere Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen sind richtig und vor allem dringend notwendig.

(Beifall von der SPD)

Insofern finde ich die Forderungen im Antrag zielführend und durchaus vernünftig.

Nun gibt es bereits einige Hilfen. Die Betroffenen können sie auch gerne in Anspruch nehmen. Sie sind gut zusammengefasst auf der Internetseite [www.stark-im-amt.de](http://www.stark-im-amt.de) nachzulesen.

Wichtig ist aber auch, dass die kommunalpolitisch Aktiven sich trauen, regelmäßig Anzeige zu erstatten. Das macht es den Tätern sehr viel ungemütlicher, ihren Hass zu versprühen.

Ich kann nur appellieren: Nutzen Sie Ihre Möglichkeiten. Wenden Sie sich an die Polizei. Melden Sie die Hetze der Meldestelle „respect!“, das geht auch online. Die Kontaktmöglichkeiten finden Sie auf den Internetseiten der Polizei und des BKA.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist essenziell, dass die Betroffenen wissen, wie sie sich

wehren können, dass sie ihre Stimme erheben und dass sie sich zusammenfinden. Dabei müssen wir sie unterstützen. Nur gemeinsam können wir uns gegen die Flut von Hass und Hetze stellen, die leider unseren Alltag erreicht hat.

(Beifall von der SPD)

Der Überweisung stimmen wir zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP] – Vereinzelt Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Dr. Robin Korte hat jetzt für die Fraktion der Grünen das Wort.

**Dr. Robin Korte (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Thematik, die Sie, liebe FDP, in Ihrem Antrag ansprechen, ist ohne Zweifel – das haben schon mehrere meiner Vorredner\*innen gesagt – sehr relevant. Es ist wichtig, dass wir hier darüber reden.

Denn unsere Demokratie wird vor Ort gestaltet, und zwar von Kommunalpolitiker\*innen, die dies in der überwältigenden Mehrheit im Ehrenamt tun. Sie übernehmen damit eine hohe Verantwortung für die Entwicklung in unseren Städten und Gemeinden, nicht zuletzt für den politischen Diskurs dort. Dafür opfern sie – und das gehört zur Wahrheit – in nicht wenigen Fällen ein großes Stück ihrer Freizeit und damit Lebensqualität. Dafür möchte ich zunächst einmal in Richtung unserer Kommunen ganz herzlich Danke sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn aber diese Menschen, die sich so engagieren, zunehmend von Hasskriminalität und Hetze betroffen sind, dann obliegt es allen Demokratinnen und Demokraten in diesem Haus, dem entschieden entgegenzutreten.

In den letzten Jahren mussten wir leider in mehr als einem Fall beobachten, dass kommunale Amts- und Mandatsträger\*innen bedroht, angefeindet und sogar angegriffen wurden.

Spätestens der Mord an Walter Lübcke hat uns vor Augen geführt, dass virtuelle Bedrohungen zur realen Gefahr für Leib und Leben werden können.

Wir können hier in Nordrhein-Westfalen von Glück reden, dass die Anschläge auf Andreas Hollstein in Altena und auf Henriette Reker in Köln nicht tödlich ausgegangen sind.

Dass Kommunalpolitiker\*innen bestmöglich geschützt werden, darf kein Zufall sein. Dies muss ein

gemeinsames Ziel aller demokratischen Fraktionen in diesem Haus sein und bleiben.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und der FDP)

Es ist nun einmal kein Zufall, dass die Fälle von Bedrohungen oder Angriffen gerade in den Jahren ab 2015, also im Zusammenhang mit der nicht selten rassistisch geführten Debatte um die Zuwanderung vieler Geflüchteter, massiv zugenommen haben und dass es darüber hinaus während der Coronapandemie und den Verschwörungsmythen darum herum einen weiteren deutlichen Anstieg des Aggressionspotenzials gab.

Wenn man sich diese Fälle und die dahinter liegende politische Motivation der Täter anschaut, muss man leider feststellen, dass Ihr Antrag, liebe FDP, an der Realität und den tatsächlichen Bedarfen der Betroffenen vorbeigeht.

Das liegt vor allem an einer völlig irrigen Grundannahme schon zu Beginn Ihres Papiers, bei der Sie sich, lieber Herr Höne, gerade nicht zu schade waren, sie in Ihrer Rede noch einmal zu wiederholen, nämlich der Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Linksextremismus – diesem alten Mantra, dass wir es hier mit zwei Phänomenen mit vergleichbarem Gefährdungspotenzial zu tun hätten. Das ist ein Punkt, der sich einfach der Realität verweigert und der in die Irre führt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Denn es ist nicht etwa so, dass von beiden Milieus gleich viele Straftaten gegen Kommunalpolitiker\*innen ausgehen. Ganz im Gegenteil!

(Henning Höne [FDP]: Das habe ich nicht behauptet! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Aber nahegelegt, Herr Kollege! – Henning Höne [FDP]: Das ist doch Schwachsinn!)

Sie selbst, lieber Herr Höne, nehmen in Ihrem Antrag Bezug auf das kommunale Monitoring von MOTRA aus dem letzten Jahr. Die Zahlen darin sind eindeutig. 4 % der Angriffe werden dem linken Spektrum zugeordnet, dagegen 18 % dem rechten Spektrum, also mehr als viermal so viele.

(Henning Höne [FDP]: Die 4 % wollen Sie hinnehmen?)

Hinzu kommt: 70 % der Angriffe kommen aus dem Coronaprotestspektrum, von dem wir wissen, dass es eng mit der rechten Szene verwoben ist.

(Henning Höne [FDP]: Also, Leute!)

Das BKA gibt zudem an, dass im Jahr 2019 – Sie haben selbst das BKA zitiert – 73 % der Hasspostings politisch rechts motiviert waren.

Wenn Sie aber, liebe FDP, nicht anerkennen, dass die größte Gefahr für unsere Demokratie von rechts kommt: Wie wollen Sie dann den Opfern sinnvoll helfen? Wie wollen Sie dem weiteren Hass begegnen? Wie wollen Sie Angriffen vorbeugen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt, den Sie in Ihrem Antrag leider vernachlässigen, ist, dass bestimmte Personengruppen viel häufiger Opfer von Hass und Hetze werden als andere. Betroffen von Hate Speech im Internet sind vor allem schwarze Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund und Frauen, also genau die Gruppen von Personen, die in den meisten kommunalen Vertretungen schon heute unterrepräsentiert sind und dadurch noch weiter davon abgeschreckt werden, sich hier zu engagieren.

Erlauben Sie mir noch einige Worte zu Ihrem Forderungskatalog. Darin finden sich durchaus ein paar gute Ansätze, wie etwa, zu überlegen, wie man Ratsleute in die Studienlage einbeziehen kann. Andere Forderungen hingegen verstehe ich nicht, zum Beispiel die Forderung nach Aktualisierung der Handreichung „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“. Die Handreichung ist mit Stand Anfang dieses Jahres online zu finden. Was wollen Sie denn da aktualisieren?

Es gibt also noch einiges zu besprechen. Deshalb ist es gut, dass wir in den Ausschüssen noch mehr Zeit haben werden, miteinander über Ihren Antrag und das grundsätzlich sehr wichtige Thema, das Sie hier aufgreifen, zu reden. Vielleicht ergeben sich ja in den Beratungen gute Ansätze, die es dann für die Regierung aufzugreifen gilt.

Vielleicht möchten Sie umgekehrt auch den Hinweis aufgreifen, endlich die unsägliche Hufeisentheorie über die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus ad acta zu legen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der Überweisung stimmen wir selbstverständlich zu. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die AfD-Fraktion macht sich schon Herr Tritschler auf den Weg.

**Sven Werner Tritschler\*** (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines vorweg: Der Schutz gewählter Repräsentanten, gleich welcher Ebene, genießt genauso wie der Schutz aller Bürger unsere vollste Unterstützung und ist ein wichtiges Anliegen.

Niemand in Deutschland wird Ihnen da mehr recht geben als meine Partei, die AfD. Schließlich sind es unsere Mitglieder, unsere Kandidaten und unsere Mandatsträger, die in Deutschland mit Abstand am meisten unter solchen Dingen leiden müssen.

Naturgemäß wird das im hier vorliegenden FDP-Antrag nicht einmal erwähnt. Aber die amtliche Kriminalstatistik lügt nicht. Dazu nenne ich nur ein paar Zahlen.

Straftaten gegen Parteirepräsentanten im Jahr 2020: gegen die AfD 694, gegen die anderen Parteien insgesamt etwa genauso viele. Es folgen mit deutlichem Abstand die Grünen mit 206.

Ein anderes Beispiel aus dem Superwahljahr 2021: 774 Straftaten aus dem rechten Milieu, davon 16 Gewaltstraftaten; 2.410 Straftaten aus dem linken Milieu, davon 58 Gewaltstraftaten.

Sie haben völlig recht, Herr Kollege; man darf es nicht gleichsetzen. Linksextremismus ist in Deutschland offensichtlich ein deutlich größeres Problem als Rechtsextremismus.

(Beifall von der AfD)

Nun gibt sich die antragstellende FDP-Fraktion den Anschein, gleichermaßen gegen beide Bereiche vorgehen zu wollen. Das ist durchaus zu rechtfertigen, auch wenn die Fallzahlen für einen anderen Schwerpunkt sprechen würden. Aber wir alle wissen, dass Sie nicht einmal das so richtig ernst nehmen.

Wir haben hier im Haus in der letzten Legislaturperiode oft erlebt, wie Ihre Abgeordneten Übergriffe gegen unsere Mitglieder und Anhänger gerechtfertigt, gebilligt und verharmlost haben.

Wir haben erlebt, wie eine von Ihnen getragene Landesregierung und ein von Ihnen getragener Innenminister – ich unterstelle, zumindest fahrlässig – in Kauf genommen haben, dass unsere Veranstaltungen nicht hinreichend durch die Landespolizei geschützt wurden und dadurch Menschen zu Schaden kamen.

Ich habe selbst erlebt, wie Ihre Parteifreunde feixend danebenstanden, als Vertreter der AfD im Wahlkampf von der sogenannten Antifa tätlich angegriffen wurden.

Jeder kann nachlesen, dass Ihre Parteifreunde in Köln mit dem Autonomen Zentrum, aber auch in anderen Städten NRWs die linksradikale Szene mit Hunderttausenden Euro Steuergeld füttern.

Nein, meine Damen und Herren von den Freien Demokraten, Sie sind in der Sache nicht glaubwürdig.

(Beifall von der AfD)

Ich frage mich als ehemaliges Mitglied immer, wie tief man sich vor der Linken noch verneigen kann. Aber es geht immer noch ein bisschen tiefer.

Deshalb geht es bei diesem Antrag in Wirklichkeit gar nicht um Gewalt gegen Mandatsträger und auch nicht um Gewalt gegen kommunale Mandatsträger, was durchaus ein wichtiges Anliegen ist. Sie möchten nur völlig legitimen Protest delegitimieren. Das zeigt schon die Überschrift.

Dies ist eine fragwürdige und gefährliche Praxis, die wir aus den vergangenen beiden Jahren schon kennen, als die Menschen gegen Grundrechtseinschränkungen im Rahmen Ihrer Coronapolitik auf die Straße gegangen sind. Jetzt demonstrieren die Menschen gegen Ihre – Zitat – „dümmste Energiepolitik der Welt“.

Anstatt sich mit den berechtigten Sorgen und Nöten der Menschen auseinanderzusetzen und endlich keine Politik mehr zu verfolgen, die diese Menschen existenziell bedroht und droht, uns zu einem deindustrialisierten Dritte-Welt-Land zu machen, beschimpfen Sie lieber die Bürger und dienen sich den Grünen als Steigbügelhalter an.

(Beifall von der AfD)

Meine Damen und Herren von der FDP, Ihr früherer – von mir sehr geschätzter – Vorsitzender Guido Westerwelle hat schon 2008 vor grüner Politik gewarnt und erkannt, dass der Energiepreis der Brotpreis des 21. Jahrhunderts sein wird. Damals konnte man Sie noch von den Grünen unterscheiden. Aber wo ist der Unterschied heute? Ob die Kernkraftwerke bis Dezember oder bis April laufen dürfen, ob die Autoindustrie in fünf oder erst in zehn Jahren zerstört wird, ob wir nun den teuersten Strom in Europa haben oder nur den zweitteuersten: Nein, meine Damen und Herren, Sie sind keine Alternative zu den Grünen. Sie sind eine schlechte Kopie der Grünen.

Deshalb gehen die Menschen auf die Straße. Sie haben nämlich das Gefühl, in den demokratischen Gremien nicht mehr wirklich repräsentiert zu sein.

Wir sind bei den Menschen. Wir sind bei allen Menschen, die sich friedlich gegen eine politische Klasse wehren, die jede Bodenhaftung verloren hat und unser Land zielstrebig in den Ruin führt.

Deswegen lehnen wir diesen postdemokratischen Antrag ab. Wir rufen allen, die demonstrieren, zu: Lasst euch nicht entmutigen. Bleibt weiter dran, und übt weiter Druck aus. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex hat jetzt für drei Minuten das Wort.

**Dr. Christian Blex** (fraktionslos): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zitat:

„Kein Impfgegner wird wie ein Staatsfeind behandelt. Er darf nur, hoffentlich bald, nicht mehr unter Leute gehen, weil er ein gefährlicher Sozialschädling ist.“

Rainer Stinner, FDP. – Nächstes Zitat:

„Tausende #Covidioten feiern sich in #Berlin als ‚die zweite Welle‘, ohne Abstand, ohne Maske.“

Saskia Esken, SPD. – Ein weiteres Zitat:

„Die Taktik von Querdenker:innen ist es, sich Stück für Stück die Straße zu erkämpfen. Polizei muss handeln und im Zweifelsfall Pfefferspray und Schlagstöcke einsetzen! Wir dürfen ihnen keinen Millimeter überlassen!“

Saskia Weishaupt, Grüne. – Das letzte Zitat:

„Kein Ungeimpfter mehr im Büro, kein ungeimpfter Fußballspieler mehr auf dem Rasen, kein ungeimpfter Abgeordneter mehr im Bundestag, kein ungeimpfter Student mehr im Hörsaal.“

Friedrich Merz, CDU.

Politiker Ihrer Parteien haben im Rahmen Ihrer Coronapanik jegliche Hemmungen gegenüber regierungskritischen Bürgern verloren.

Aber auch sonst überziehen Politiker Ihrer Parteien und die Staatsmedien kritische Bürger und die einzige Opposition mit Hass und Hetze: Klimaleugner, Coronaleugner, Impfleugner, Transfeindlicher, Verschwörungstheoretiker, Verquerdenker, Reichsbürger und, wenn sie nicht weiterwissen, Sexist und Putin-Troll.

(Zuruf von Jochen Klenner [CDU])

Gerade erst entmenschlichte ein ARD-Korrespondent kritische Bürger als – Zitat – „rassistische oder verschwörerische Ratten“, die „in ihre Löcher zurückgeprügelt“ werden müssten.

Auch in diesem Parlament haben wir gerade eben bei diesem Antrag diese Wörter wieder von Ihnen gehört. Warum machen Sie das? Weil Sie keine Argumente für Ihre freiheits- und wissenschaftsfeindlichen Ideologien haben – sei es die COVID-, die Klima-, die Massenzuwanderungs- oder die Genderideologie.

Wenn Sie keine Fakten auf Ihrer Seite haben, versuchen Sie, die einzige demokratische Opposition

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Die Sie ausgeschlossen hat!)

mit der Empörungs- und Moralkeule zu diffamieren und zum Schweigen zu bringen. Damit vergiften Sie ganz bewusst und vorsätzlich den demokratischen Diskurs in diesem Land. Sie schaden damit der Demokratie.

(Lachen von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Die Früchte dieses Hasses gehen auf. Denn Politiker keiner anderen Partei sind so sehr Hass, Hetze, Beleidigungen und Bedrohungen ausgesetzt wie die Politiker der AfD. Ja, mir ist das auch schon widerfahren. Nur: Wir jammern deshalb in der Öffentlichkeit nicht so herum.

(Zuruf von Jochen Klenner [CDU])

Wir hängen das Ganze, was uns da täglich widerfährt, nicht so an die große Glocke.

(Zuruf von Kirsten Stich [SPD])

Aber es ist die Realität im Umgang mit der einzigen Oppositionspartei in diesem Land. Das ist halt das Schicksal. Es ist Ihr Schicksal für uns, für die Dissidenten im besten Deutschland aller Zeiten.

Wenn Sie wirklich etwas gegen Hass und Hetze gegenüber kritisch denkenden Politikern tun möchten, fangen Sie am besten bei sich selber an.

(Beifall von Markus Wagner [AfD] und Dr. Hartmut Beucker [AfD])

**Vizepräsident Christof Rasche:** Für die Landesregierung spricht nun Innenminister Herbert Reul.

**Herbert Reul**<sup>\*)</sup>, Minister des Innern: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen bilden das Wurzelwerk unserer Demokratie. Parlamente mit Berufspolitikern können nur funktionieren, wenn die demokratische Idee auf örtlicher Ebene gelebt wird. Und sie lebt davon, dass Menschen vor Ort sie gestalten, sich einmischen und Verantwortung übernehmen. Dabei geht es ganz praktisch um die Sorgen und Nöte der Menschen aus der Nachbarschaft, der Siedlung, dem Ort oder der Straße. Man kann auch von Tür-an-Tür-Engagement sprechen. Das alles geschieht auch noch ehrenamtlich.

Dieses ehrenamtliche Engagement verdient unser aller Respekt, und ich finde, darin liegt eine wichtige Übereinstimmung aller Fraktionen. Ohne Wenn und Aber sind wir uns darin alle sicher, nur leider sehen es nicht alle Menschen so.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich muss nicht immer mit allen Kommunalpolitikern einer Meinung sein. Darum geht es überhaupt nicht. Aber was da teilweise auf den Straßen und im Netz passiert, ist schon widerwärtig. Da wird zum Teil gegen Kommunalpolitiker gepöbelt, gehetzt und sie werden beleidigt.

Mit Zustimmung des Präsidenten würde ich gerne etwas zitieren, das sich gegen einen ehrenamtlichen Politiker richtet: „Wir wissen, wo sein Schlafzimmerfenster ist. Brandbeschleuniger vorhanden.“

Das ist schon eine klare, knallharte Drohung. Solche Zuschriften kennen Sie sicher auch. Dabei ist sie aus der Kategorie „harmlose Sorte“ – es gibt leider noch ganz andere Mails, Briefe und Worte. Worte können auch zu Taten führen, und teilweise werden Amtsträgerinnen und Amtsträger in den Kommunen sogar angegriffen.

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Das geht nicht. Das ist nicht hinzunehmen. Solche – ob körperliche oder verbalen – Angriffe höhlen das demokratische System aus. Menschen, die sich engagieren und darauf keine Lust mehr haben, das nicht erleiden wollen, legen nämlich deswegen ihr Mandat nieder oder kandidieren nicht mehr. Das ist die Problemstellung.

So weit darf es nicht kommen. Daher gilt für mich hierbei: null Toleranz. Bei Übergriffen und Angriffen ist jedem klar, dass dies Straftaten sind. Auch bei Hass, Hetze, Beleidigungen und Bedrohungen handelt es sich regelmäßig um Straftaten, die wir bekämpfen, und wir helfen den Opfern.

Die Landesregierung agiert hierbei bereits mit besonderem Engagement. Es gibt die Präventionshinweise des Landeskriminalamtes für Personen des öffentlichen Lebens, die – auch aktuell – laufend überarbeitet werden. Speziell für Mandatsträgerinnen, Mandatsträger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst gibt es auch das Präventionsnetzwerk „Sicher im Dienst“. Es gibt kostenlose Beratungen darüber, wie man seine Wohnung sichern kann, und es gibt die sogenannte Zentrale Ansprechstelle für politische Verantwortungsträger zu polizeilichen Sicherheitsfragen. Das ist so etwas wie ein Kommunalpolitikernotruf. Er ist rund um die Uhr erreichbar – 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche. Zudem bietet der Verfassungsschutz den Kommunen Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen sowie Vorträge über Extremismus in allen Phänomenbereichen an. Und vieles mehr!

Der Antragsteller geht bereits darauf ein und sieht bei diesem Thema Optimierungsbedarf. Dazu nur so viel: Man kann immer besser werden. Das ist logisch. Das ist eine Binsenweisheit. Laufende Programme werden daher andauernd weiterentwickelt, angepasst und verbessert. Auch die Ergebnisse der BKA-Studie werden wir uns genau anschauen, und wir werden sehen, ob sich daraus landesspezifische Informationen oder Forschungsbedarfe ergeben. Ich finde im Antrag nicht viel Neues, das darüber hinausgeht.

Meine Damen und Herren, der Vorstoß ist berechtigt – in Ehren –, aber wer genau hinguckt und sich wirklich mit der Thematik beschäftigt, kann sehen, dass wir in diesem Themenfeld in Nordrhein-Westfalen bereits einiges tun. Die konsequente Bekämpfung von Hetze und Hass hat für die gesamte Landesregierung eine hohe Relevanz; genauso wie der Schutz von Betroffenen und ihrer Familien. Es ist eine

schwierige Aufgabe, eine Daueraufgabe, der wir uns auch in Zukunft stellen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Wir sind am Schluss der Aussprache.

Somit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages Drucksache 18/1666 an den Ausschuss für Heimat und Kommunales – federführend –, an den Innenausschuss sowie an den Hauptausschuss. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Wer Enthält sich? – Auch keine Enthaltungen. Somit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen** worden.

Wir kommen zu:

### **13 Verwaltungsdigitalisierung voranbringen – Onlinezugangsgesetz zeitnah umsetzen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1669

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion hat die Kollegin Angela Freimuth das Wort. Bitte schön.

**Angela Freimuth<sup>\*)</sup>** (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine verehrten Damen und Herren! Wir wollen Nordrhein-Westfalen gemeinsam zu einem modernen, digitalen, innovativen Land und einem attraktiven Wirtschaftsstandort gestalten. Dazu gehört auch, dass wir im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung noch mehr tun als bislang.

Das 2017 in Kraft getretene Onlinezugangsgesetz – wir haben an verschiedenen Stellen darüber schon diskutiert – sieht vor, dass eigentlich bis Ende dieses Jahres Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale digital angeboten werden sollen, und zwar für 575 Verwaltungsleistungen in 17 Unternehmens- und 35 Lebenslagen.

Wenn wir uns anschauen – auch das ist verschiedentlich schon deutlich geworden –, wie weit die Bundesländer und die Kommunen bei der Umsetzung dieses Onlinezugangsgesetzes sind, muss man bedauerlicherweise feststellen, dass wir das